

>> Mittelstand gewinnt!

Eine Information des Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender Österreich

KW 9

Inhaltsverzeichnis

Bundesregierung kopiert RFW-Lehrlingsausbildungsmodell.....	Seite 1
Inflation - Bekämpfung zu allererst im eigenen Land.....	Seite 2
Absolutes Rauchverbot schadet der Gastronomie.....	Seite 2
Inflation: 0,5 Prozentpunkte der MwSt für die Entlastung der niedrigen Einkommen... ..	Seite 3
RFW-Burgenland fordert ursprüngliche Postfunktion ein!.....	Seite 3
RFW-Vorarlberg ist entschieden gegen die Einführung einer Prospektsteuer.....	Seite 4
RFW-ÖÖ ist gegen geplante EU-Steuern.....	Seite 4
RFW-NÖ begrüßt Aktion "Mehr Sicherheit für Unternehmen!"	Seite 5
RFW-Wien unterstützt den Rechtsanspruch auf übersichtliche Lohnverrechnung.....	Seite 5

BO Amann: Bundesregierung kopiert RFW-Lehrlingsausbildungsmodell!

Utl.: Modulare duale Ausbildung ist das Modell der Zukunft!

Die Abschreiber und Kopierer freiheitlicher Ideen in der Bundesregierung haben wieder zugeschlagen. Bartenstein und Schmied verkaufen ein neues Lehrlingsausbildungsmodell, welches identisch ist mit dem dualen modularen Ausbildungsmodell, das der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KommR Ing. Fritz Amann, im letzten Frühjahr der Öffentlichkeit präsentiert hat.

Amann dazu: „Die Halbwertszeit der Umsetzung von RFW-Ideen durch die Bundesregierung scheint sich zu reduzieren. Während man sich beim Kombilohnmodell, der Abfertigung neu sowie der Arbeitszeitflexibilisierung im Rahmen der neuen Arbeitswelten lange Zeit gelassen hat, hat man den RFW-Vorschlag in Sachen Reform der Lehrlingsausbildung relativ rasch aufgenommen. Kein Wunder, steht man doch vor der Tatsache, dass der Arbeitsmarkt für Facharbeiter mehr und mehr austrocknet und der Gusi-Vorschlag, Facharbeiter in nur 3 Monaten auszubilden, nur für Faschingszeitungen bzw. für den Villacher Fasching brauchbar war. Daher ist es aus Sicht der Wirtschaft erfreulich, dass Bartenstein und Schmied einmal den Schalter in ihrem Kopf umgelegt haben und mit dieser

sinnvollen Neuerung an die Öffentlichkeit getreten sind.“

Er, Amann, hoffe, dass es nicht nur bei der Ankündigung bleibe und über das Pilotprojekt schnell weitere Berufsbilder einbezogen werden. Was die Wirtschaft braucht, sind gut motivierte junge Menschen, die sich für eine Lehre entscheiden, denn der Lehrling von heute, ist der Facharbeiter von morgen und den brauchen die Unternehmer wie einen Bissen Brot. Daher hat die Wirtschaft die Nase voll von den Ankündigungskaisern und den enttarnten Umsetzungszwergen dieser Bundesregierung. Es ist in Sachen Facharbeitermangel bereits 5 nach 12 und daher muss das RFW-Modell der modularen dualen Ausbildung, welches den neuen Herausforderungen einer flexiblen und maßgeschneiderten Ausbildung bietet und dem tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft entspricht, flächendeckend so schnell wie möglich umgesetzt werden, so der RFW-Bundesobmann, KO KommR Ing. Fritz Amann, abschließend.



OTS-Meldung, 20.2.2008



WKÖ-VP Matthias Krenn: Inflation - Bekämpfung zu allererst im eigenen Land!**Utl.: Molterer versucht, die hauseigenen Probleme nach Brüssel abzuschieben!**

Die schon fast inflationäre Diskussion rund um die Inflation hätte laut WKÖ-Vizepräsident und stellvertretenden Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW), Matthias Krenn, schon fast etwas Komödiantisches, wären nicht so viele Österreicher davon massiv betroffen: „Die Regierungsparteien überschlagen sich tagtäglich mit Vorschlägen, wie man der hohen Inflation Herr werden könnte. Aber dass die Republik selbst etwas dagegen tun kann, darauf kommen die Damen und Herren von SPÖ und ÖVP anscheinend nicht“, kritisiert Krenn die Diskussion rund um das Thema.

So glaubt Finanzminister Molterer, dass die Inflation bekämpfung eine europäische Aufgabe sei: „An allem und jedem ist die EU auch nicht schuld, besser gesagt, muss Molterer in Sachen Inflation vor der eigenen Haustür kehren und endlich Aktionen setzen“, so WKÖ-Vizepräsident

Krenn. Was hindert Finanzminister Molterer beispielsweise daran, endlich die Lohnnebenkosten zu senken und somit die Wirtschaft und die Arbeitnehmer massiv zu entlasten, fragt sich Matthias Krenn zu Recht.

„Neben der schon erwähnten Senkung der Lohnnebenkosten fordern wir - vom RFW - eine Steuerreform noch vor dem Jahre 2010, ein rasches Ende der kalten Progression durch eine automatische Valorisierung und die umgehende Realisierung der Verwaltungs- und Bürokratierreform“, so WKÖ-Vizepräsident Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 15.2.2008

**RFW-NÖ: Absolutes Rauchverbot schadet der Gastronomie!****Utl.: Bei unseren Nachbarn gibt es schon jetzt verheerende Auswirkungen auf den Umsatz!**

Die Diskussion rund um das Rauchverbot zieht sich schon fast in die Länge wie ein ausgekaufter Kaugummi. Für die Gastronomie ist es aber nach wie vor ein Thema mit dem man sich tagtäglich auseinandersetzen muss. „Keine Frage, so wie es momentan aussieht, wird auch in Österreich in absehbarer Zeit das absolute Rauchverbot Einzug halten. Nicht nur weil aus Brüssel der Druck täglich wächst, sondern weil auch die heimischen Politiker sich einfach zu wenig stark machen für die betroffene Branche“, glaubt die Organisationsreferentin des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW) Niederösterreich und Mitglied des RFW-Bundesvorstandes, Elisabeth Ortner.

Dass ein absolutes Rauchverbot nicht nur enorme Umsatzeinbußen mit sich bringt, sondern für viele auch existenzbedrohend ist, weiß Claudia Tobias, ihres Zeichens Chefin der Spielzeugfirma Matador und Mandatarin in der Wirtschaftskammer Österreich, zu berichten. Sie besuchte vor kurzem die Spielzeugmesse in Nürnberg und war verwundert, wie wenig in den Lokalen rund um die Messe am Abend los war: „Wir fahren seit Jahren auf diese Messe. Heuer mussten wir zum ersten Mal keinen Tisch reservieren, die Wirtshäuser waren quasi leer“, weiß die Matador-Chefin zu berichten.

Die Wirte erzählten von Umsatzeinbußen von bis zu 60 Prozent seit Anfang des Jahres: „Natürlich gehen die Leute noch essen, aber gleich danach wird ins eigene Heim gefahren, wo man noch rauchen darf. Ein zweites Getränk, eine Nachspeise oder ein Kaffee werden meist nicht mehr konsumiert“, so Claudia Tobias weiter.

Für Ortner ein untrügliches Zeichen, dass das Rauchverbot, entgegen vieler Medienberichte, sehr wohl negative Auswirkungen auf die Gastronomie haben wird: „Unsere Gesellschaft wird wohl rauchfrei und gesünder werden, aber um viele Lokalitäten, die - besonders im ländlichen Raum - als Kommunikationszentren fungieren und die Umsatzeinbußen nicht verkraften, ärmer. Deshalb muss von Seiten der Verantwortlichen noch bevor ein Rauchverbot in Kraft tritt, überlegt werden, wie man den heimischen Wirten in diesen rauchfreien Zeiten unterstützend unter die Arme greifen kann“, so Elisabeth Ortner vom RFW-Niederösterreich abschließend.

OTS-Meldung, 18.2.2008

Für mehr Informationen besuchen Sie die Homepage des RFW-Niederösterreich - www.rfw-noe.at

BO Amann 0,5 Prozentpunkte der MwSt für die Entlastung der niedrigen Einkommen verwenden!

Utl.: Wer keine Lohnsteuer zahlt, soll auch von den Krankenkassenbeiträgen entlastet werden!

Mit einem neuen konstruktiven Vorschlag in Sachen Teuerungsausgleich lässt der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KommR Ing. Fritz Amann, aufhorchen. Er verlangt, dass 0,5 Prozentpunkte der erhobenen Mehrwertsteuer als Inflationsabgeltung für die Niedriglohneempfänger verwendet werden, die nach Ansicht des RFW von den Krankenkassenbeiträgen befreit werden sollen.

Amann dazu: „Der große Preistreiber ist der Staat. Neben den dauernden Gebühren- sowie Energiepreiserhöhungen sind auch die unverhältnismäßig hohen Lohnsteigerungen ausschlaggebend für die Inflation, da die Firmen die höheren Kosten weiter geben müssen. Angesichts der Tatsache dass die kalte Progression die Lohnerhöhung fast zur Gänze aufgefrassen hat, konnte keine Steigerung in der Kaufkraft erzielt werden. Volkswirtschaftlich fatal - denn diese Entwicklung führte zu Nettoverlusten. Einziger Gewinner ist der Finanzminister, der sich neben den zusätzlichen Einnahmen aus der kalten Progression auch noch über das erhöhte MwSt-Aufkommen dank der außerordentlichen Teuerungssteigerung freuen kann. Das führt dazu, dass immer weniger Leute sich trotz Vollzeitbeschäftigung ein angemessenes Leben leisten können.“

Rasche Hilfe brauchen vor allem jene, die auch von einer Steuerreform nicht profitieren, da sie keine Einkommensteuer zahlen müssen. Anstatt aber eine Einmalzahlung von 100 Euro als großzügige Entlastung zu erhalten bzw. eine Negativsteuer einzuführen, die wieder viel Verwaltung und Geld kostet, sollte man die Niedriglohnbezieher

vom Beitrag zur Krankenkasse befreien. Das sind immerhin 3,5 Prozent des Bruttolohneinkommens, was maximal 350 Euro im Jahr ausmachen würde. Damit wäre den Betroffenen schnell und unbürokratisch geholfen, so Amann.

Zur Finanzierung sollte der Finanzminister daher 0,5 Prozentpunkte von der eingehobenen 20%igen Mehrwertsteuer zweckgebunden den Krankenkassen zukommen lassen, damit sie den Einnahmeverlust kompensieren bzw. teilweise auch zusätzliche Einnahmen zur Sanierung erhalten. Wir sprechen da von einem Finanzpaket in Höhe von ca. 600 Millionen Euro, welche angesichts der Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro für 2007 bereits vorhanden sein müssten. Es kann nicht sein, dass nur der Staat der Gewinner des Aufschwunges ist. Es ist ein Gebot der Stunde, dass auch die Schwachen von der steigenden Konjunktur profitieren und nicht bestraft werden, wie es derzeit die Bundesregierung macht. Wenn dieses Land volkswirtschaftlich stark bleiben will, dann muss der Finanzminister Geld in die Hand nehmen, ohne den Besserverdiener schon wieder in die Tasche zu greifen, so der abschließende Appell des RFW-Bundesobmannes, KO KommR Ing. Fritz Amann, an die Bundesregierung.

OTS-Meldung, 6.2.2008



RFW-Burgenland fordert ursprüngliche Postfunktion ein!

Utl.: Kritik an der Konkurrenzierung der KMUs!

Heftige Kritik an der Geschäftspolitik der Post übt der RFW-Burgenland in einer Presseaussendung. Landesobmann Karl Simon fordert die politisch Verantwortlichen auf, sich endlich zu entscheiden, ob die Post ihre ursprüngliche Aufgabe wahrnimmt oder ob sie künftig ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen sein will oder soll.

Derzeit sei es nämlich so, dass die Post - auf Kosten der Allgemeinheit - über ihr Filialnetz auch jenen Warenhandel betreibt, der völlig wettbewerbswidrig einschlägige Klein- und Mittelbetriebe konkurrenziert. Gleichzeitig wird die ursprüngliche Aufgabe der Post ver-

nachlässigt, die Postzustellung rasch und vor allem kostengünstig zu gewährleisten.

„Der RFW tritt jedenfalls dafür ein, dass das Unternehmen Post seine ursprüngliche Aufgabe wahrnehmen soll und alle wirtschaftlichen Aktivitäten den privaten Betrieben zu überlassen hat“, fordert Landesobmann Karl Simon abschließend.



OTS-Meldung, 8. 2.2008



RFW ist entschieden gegen die Einführung einer Prospektsteuer!

Utl.: Für Vizepräsident der WK-Vorarlberg KommR Ing. Edi Fischer muss die Werbsteuer ohne Alternativabgabe endliche fallen!

Immer wieder angekündigt, aber bis heute nicht abgeschafft wurde die nicht EU-konforme Werbsteuer. Man hat dies im Finanzministerium offenbar so lange verschleppt, bis die „Kreativabteilung“ eine neue Abgabe in Form der Prospektsteuer, die aufkommensneutral sein soll, gefunden hat. Damit will man sich weiter die Einnahmen in Höhe von ca. 110 Millionen Euro sichern, anstatt den Wirtschaftsstandort zu entlasten, so die Kritik des RFW-Landesobmannes von Vorarlberg und Vizepräsident der WK-Vorarlberg, KommR Ing. Edi Fischer, am Finanzminister.

Fischer dazu: „Der Vorschlag einer Prospektverteilungsabgabe in Höhe von 0,02 Cent pro DIN A 4 Seite ist kontraproduktiv und schadet enorm der Wirtschaft. Gerade Klein- und Mittelbetriebe, die im regionalen Bereich auf Prospektwerbung angewiesen sind, werden überproportional zur Kasse gebeten, was den ohnehin schon rauen Wettbewerb noch mehr verschärfen wird. Einzelne Branchen werden damit überdimensional betroffen sein und das muss verhindert werden.“

Für den RFW ist diese geplante Abgabe ein Unding, denn so eine Besteuerung findet man höchstens noch in Afrika, nicht aber in einem Wirtschaftsraum wie der EU. Dabei bemerkenswert ist, dass der Finanzminister offenbar trotz Rekordeinnahmen nicht in der Lage ist, eine unsinnige Steuer abzuschaffen, ohne dabei eine neue Abgabe zu erfinden. In dieser Angelegenheit sind aber auch die Landeshauptleute gefordert, denn die großen Nutznießer der Werbsteuer sind über den Finanzausgleich die Gemeinden, die 2007 von den ca. 110 Millionen Euro Werbsteuererwerb, den Betrag von 93,5 Millionen Euro erhalten haben. Hier muss im Finanzausgleich eine Änderung erzielt und nicht wieder auf dem Rücken der Wirtschaft ausgetragen werden, so der RFW-Landesobmann, VP Ing. Fischer, abschließend.



OTS-Meldung, 25.2.2008

RFW-OÖ: LO Ing. Wolfgang Klinger gegen geplante EU-Steuern!

Utl.: Steuern müssen weiterhin in der Autonomie des Staates liegen!

Die Einführung von EU-Steuern lehnt der Landesobmann des RFW-Oberösterreich und Bundesobmann-Stellvertreter, Ing. Wolfgang Klinger, entschieden ab. "Sei es Kerosinsteuer oder Finanztransaktionssteuer, die Pläne einer EU-weiten Steuer führen zu zusätzlichen Belastungen für jeden einzelnen Steuerzahler," so Klinger. Die Steuern müssen weiterhin in der Autonomie des Staates liegen und abgebaut werden.

Wenn man die Bilanz der Regierung ansieht, liest es sich wie ein Schauernmärchen: Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Erhöhung des Vignettenpreises. "Für eine Regierung, die mit dem Slogan "keine Steuererhöhungen" in den Wahlkampf gegangen ist, ist das eine schreckliche Bilanz," so Klinger.

Durch das Anspringen der Konjunktur sprudeln die Steuereinnahmen wie nie zuvor, trotzdem ist eine Senkung der Steuern kein Thema in Regierungskreisen. Im Gegenteil, man erfinde ständig neue Steuern, jetzt

unter dem Deckmantel der EU.

Es besteht der Verdacht, dass die Einführung einer neuen EU-Steuer nur den Sinn hat, den übermäßigen Geldverbrauch der EU zu finanzieren. Die kolportierten 82 Milliarden Euro Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer würden zwei Drittel des derzeitigen EU-Budgets ausmachen.

"Es wird mit Sicherheit kein Absenken einer anderen Steuer dafür geben. Wir brauchen einen Belastungsstopp und keine neuen Steuern," so Klinger. Die Steuerhoheit dürfe nicht an Brüssel abgegeben werden und ein ständiges Erhöhen der Belastungen müsse ein Ende haben, so Klinger abschließend.



OTS-Meldung, 14.2.2008



RFW-Niederösterreich begrüßt Aktion "Mehr Sicherheit für Unternehmen"!

Utl.: LO KommR Walter Fischer: "KMUs hätten sich eine solche Hilfestellung schon viel früher gewünscht!"

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sieht KommR Walter Fischer, Landesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) Niederösterreich, die gestern vom Landeshauptmann Gabmann vorgestellte Aktion zum Schutz der Betriebe vor Einbruchsdelikten:

„Ein lachendes Auge deshalb, weil wir vom RFW-Niederösterreich uns schon lange für eine solche Maßnahme stark gemacht haben. Wir freuen uns sehr darüber, dass die niederösterreichischen Wirtschaftstreibenden nun endlich finanzielle Unterstützung vom Land erhalten, wenn es um die Sicherung ihres Geschäftes oder Betriebes geht“, kommentiert Fischer die Aktion „Mehr Sicherheit für Unternehmer“.

RFW-Landesobmann Walter Fischer gibt aber auch zu bedenken, dass in Zeiten eines Wahlkampfs viele

Versprechen gemacht werden, die nach der Wahl oft rasch revidiert oder gar nicht mehr gehalten werden: „Deshalb das weinende Auge. Wir werden ganz genau darauf achten, dass diese Aktion auch nach den Landtagswahlen vom 9. März fortgesetzt wird und nicht in Vergessenheit gerät. Denn die niederösterreichischen Unternehmer haben es sich verdient auch nach den Wahlen gefördert und unterstützt zu werden, wo es nur möglich ist“, so KommR Fischer abschließend.



OTS-Meldung, 18.2.2008

RFW-Wien: Forderung nach Rechtsanspruch auf übersichtliche Lohnverrechnung wird von uns unterstützt!

Utl.: Allerdings nur dann, wenn endlich die Kosten auf dem Lohnzettel ausgewiesen werden!

"Wenn die Arbeiterkammer einen Rechtsanspruch auf verständliche, übersichtliche und genaue Lohn- oder Gehaltsabrechnung fordert, dann hat sie dafür unsere volle Unterstützung", stellt der Vizepräsident der Wiener Wirtschaftskammer, Karl Ramharter, zu der diesbezüglichen Aussendung der AK von gestern fest. "Schließlich ist das eine langjährige Forderung von uns in den Wirtschaftsparlamenten. Die Erfüllung dieser Forderung könnte allerdings der Lackmустest für Arbeitnehmervertreter werden".

Schließlich fordern die Unternehmer seit Jahrzehnten, daß sämtliche Lohnkosten, also auch die Lohnnebenkosten, auf dem Gehaltszettel ausgewiesen werden. Viele Arbeitnehmer wissen ja gar nicht, was das Unternehmen noch an Lohnkosten, und zwar jenen, die nicht auf dem Gehaltszettel aufscheinen, zu bezahlen hat.

So gibt es Dienstgeberanteile zur Sozialversicherung oder den Beitrag zur AUVA und für die Abfertigung NEU,

die überhaupt ausschließlich vom Arbeitgeber bezahlt werden.

"Wenn die Forderung nach Transparenz tatsächlich umgesetzt wird, wäre der Ehrlichkeit gegenüber den Mitarbeitern ein wesentlicher Dienst geleistet", führt Ramharter weiter aus.



"Es muss dann nur noch auch eine Abgeltung für die Lohnverrechnung gefunden werden. Denn auch diese wird ausschließlich von den Unternehmern bezahlt. Und zwar mit dem vollen Risiko dafür, dass man für allfällige Fehler - auch wenn diese durch den Arbeitnehmer selbst verursacht werden - die volle Haftung hat", schloss Ramharter.

OTS-Meldung, 12.2.2008

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!

Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW sind auf der Homepage unter "Firmenportal"!

